

## **Antrag**

**der Abgeordneten Frau Dr. Hamm-Brücher, Dr. Biedenkopf, Frau Dr. Hartenstein, Dr. Mecktersheimer, Frau Adler, Dr. Ahrens, Bamberg, Bernrath, Bindig, Dr. Daniels (Regensburg), Frau Eid, Frau Faße, Frau Fischer, Frau Flinner, Frau Folz-Steinacker, Frau Ganseforth, Dr. Glotz, Frau Dr. Götte, Graf, Gries, Großmann, Grünbeck, Dr. Grünewald, Häfner, Frau Hämmerle, Freiherr Heereman von Zuydtwyck, Heyenn, Hiller (Lübeck), Dr. Hirsch, Hoss, Ibrügger, Irmer, Frau Kelly, Dr. Knabe, Kolbow, Koschnick, Kuhlwein, Lambinus, Leidinger, Lennartz, Dr. Lippelt (Hannover), Lüder, Lutz, Dr. Mahlo, Frau Dr. Martiny, Dr. Mertens (Bottrop), Müller (Pleisweiler), Pauli, Peter (Kassel), Rauen, Rixe, Frau Rust, Frau Saibold, Frau Schmidt (Nürnberg), Schmidt (Salzgitter), Dr. Schöfberger, Schröer (Mülheim), Frau Dr. Segall, Frau Simonis, Dr. Soell, Dr. Solms, Frau Terborg, Toetemeyer, Frau Unruh, Frau Dr. Vollmer, Graf von Waldburg-Zeil, Waltemathe, Frau Weiler, Weirich, Dr. Wieczorek, Frau Will-Feld, Frau Würfel**

## **Änderung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages**

**hier: §§ 6, 13, 30, 32, 69, 78, 127**

Der Bundestag wolle beschließen:

Zur Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten des einzelnen Abgeordneten gemäß Artikel 38 GG wird die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages wie folgt geändert:

**1. § 6 Abs. 1 erhält folgende Fassung:**

„(1) Der Ältestenrat besteht aus dem Präsidenten, seinen Stellvertretern, achtzehn weiteren von den Fraktionen gemäß § 12 zu benennenden Mitgliedern und aus fünf Mitgliedern, die auf Vorschlag von fünf vom Hundert der Mitglieder des Bundestages aus der Mitte des Hauses gewählt werden. Die Einberufung obliegt dem Präsidenten. Er muß ihn einberufen, wenn eine Fraktion oder fünf vom Hundert der Mitglieder des Bundestages es verlangen.“

**2. § 13 wird wie folgt geändert:**

**a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:**

„(1) Jedes Mitglied des Bundestages folgt bei Reden, Handlungen, Abstimmungen und Wahlen seiner Überzeugung und seinem Gewissen.“

b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Mitglieder des Bundestages sind verpflichtet, an den Arbeiten des Bundestages teilzunehmen. An jedem Sitzungstag wird eine Anwesenheitsliste ausgelegt, in die sich die Mitglieder des Bundestages einzutragen haben. Die Folgen der Nichteintragung und der Nichtbeteiligung an einer namentlichen Abstimmung ergeben sich aus dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz).“

c) Folgender neuer Absatz 3 wird angefügt:

„(3) Die Rechte und Pflichten der Mitglieder des Bundestages sind in folgende Paragraphen dieser Geschäftsordnung niedergelegt:

- a) Rederecht: §§ 25, 27, 33, 35, 71,
- b) Fragerecht: §§ 27, 100, 104, 105, Anlage 4,
- c) Antragsrecht: §§ 20, 29, 47, 82,
- d) Erklärungsrecht: §§ 30, 31, 32,
- e) Teilnahmerecht: §§ 69, 109,
- f) Einspruchsrecht: §§ 116 bis 121.“

3. § 30 erhält folgende Fassung:

#### „§ 30

#### Erklärung zur Aussprache

Zu einer Erklärung zur Aussprache erteilt der Präsident vorrangig das Wort zur direkten Erwiderung. Der Anlaß ist ihm auf Verlangen bei der Wortmeldung mitzuteilen. Wenn nicht anders möglich, wird das Wort nach Schluß, Unterbrechung oder Vertagung der Aussprache erteilt. Mit einer Erklärung zur Aussprache dürfen nur Äußerungen, die sich in der Aussprache auf die eigene Person bezogen haben, zurückgewiesen oder eigene Ausführungen richtiggestellt werden.“

4. § 32 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 wird das Wort „kann“ durch das Wort „soll“ ersetzt.

b) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Der Anlaß der Erklärung ist ihm vorher mitzuteilen; sie darf nicht länger als fünf Minuten dauern.“

5. In § 69 Abs. 6 werden das Wort „kann“ durch das Wort „soll“ und die Worte „zur Begründung“ durch die Worte „zur Beratung“ ersetzt.

6. § 78 wird folgender neuer Absatz 6 angefügt:

„(6) Einem Antragsteller steht das Schlußwort zu.“

7. § 127 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Eine grundsätzliche, über den Einzelfall hinausgehende Auslegung einer Vorschrift dieser Geschäftsordnung kann nur der Bundestag nach Prüfung durch den Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung beschließen.“

Bonn, den 27. April 1988

Frau Dr. Hamm-Brücher  
Dr. Biedenkopf  
Frau Dr. Hartenstein  
Dr. Mechttersheimer  
Frau Adler  
Dr. Ahrens  
Bamberg  
Bernrath  
Bindig  
Dr. Daniels (Regensburg)  
Frau Eid  
Frau Faße  
Frau Fischer  
Frau Flinner  
Frau Folz-Steinacker  
Frau Ganseforth  
Dr. Glotz  
Frau Dr. Götte  
Graf  
Gries  
Großmann  
Grünbeck  
Dr. Grünewald  
Häfner  
Frau Hämmerle  
Freiherr Heereman von Zuydtwyck  
Heyenn  
Hiller (Lübeck)  
Dr. Hirsch  
Hoss  
Ibrügger  
Irmer  
Frau Kelly  
Dr. Knabe  
Kolbow  
Koschnick

Kuhlwein  
Lambinus  
Leidinger  
Lennartz  
Dr. Lippelt (Hannover)  
Lüder  
Lutz  
Dr. Mahlo  
Frau Dr. Martiny  
Dr. Mertens (Bottrop)  
Müller (Pleisweiler)  
Pauli  
Peter (Kassel)  
Rauen  
Rixe  
Frau Rust  
Frau Saibold  
Frau Schmidt (Nürnberg)  
Schmidt (Salzgitter)  
Dr. Schöffberger  
Schröer (Mülheim)  
Frau Dr. Segall  
Frau Simonis  
Dr. Soell  
Dr. Solms  
Frau Terborg  
Toetemeyer  
Frau Unruh  
Frau Dr. Vollmer  
Graf von Waldburg-Zeil  
Waltemathe  
Frau Weiler  
Weirich  
Dr. Wieczorek  
Frau Will-Feld  
Frau Würfel

### **Begründung**

Die Anträge auf Drucksachen 11/2206 bis 11/2208 sollen der Konkretisierung der bisherigen Debatten und Vorschläge zur Parlamentsreform, insbesondere des interfraktionellen Grundsatzantrages auf Drucksache 11/411 (neu), dienen. Außerdem werden Empfehlungen der Ad-hoc-Kommission Parlamentsreform aus dem Jahr 1985, die bisher nicht weiterverfolgt wurden, in Form von Anträgen wieder aufgegriffen.

Die Anträge sind entsprechend den Grundsatzforderungen auf Drucksache 11/411 (neu) in drei Hauptrichtungen geordnet:

- Stärkung des politischen Gewichts des Parlaments und seiner Kontrollaufgaben gegenüber der Exekutive,

- offenere und lebendigere Gestaltung der Debatten,
- Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten des einzelnen Abgeordneten gemäß Artikel 38 Abs. 1 des Grundgesetzes.